

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freilmschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Leiparts Mahnung

Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen!

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende:
 Leipart

Einstellungsprämien drosseln die Wirtschaft

Die Notverordnung des Herrn von Papen will die Ankurbelung der Wirtschaft. Zu diesem Zweck werden Einstellungsprämien für die Unternehmer bewilligt in Verbindung mit Lohnkürzungen für die Arbeiterschaft. Diese Gewinne kommen aber ausschließlich den Unternehmern zugute, die rücksichtslos ihre Arbeiter auf die Straße gesetzt haben; die anderen, die unter Opfern ihre Arbeiter durchgehalten, haben nicht nur keinen Vorteil aus allem, sie sind im Gegenteil dem schlimmsten Lohndruck der Konkurrenz ausgesetzt.

Den Hauptgewinn aus dieser Ankurbelung hat das festgefügte Trustkapital. Durch Quotenverschiebungen kann dieses Millionengewinne auf Kosten der Allgemeinheit machen. Betrachten wir zum Beispiel die Zementindustrie. Wir werden erleben, wie ein bisher kaum beschäftigtes Werk auf einmal Einstellungen vornimmt. Daß dafür ein anderes Werk des Trustes die Produktion drosseln muß, ist ja nicht von Übel, solange zwar die Einstellung von Arbeitern prämiert wird, die Einschränkung der Belegschaft aber nicht unter Strafe steht. Im allgemeinen Wirtschaftsleben bedeutet die Notverordnung nichts als Großzüchten der Schmutzkonkurrenz und der Vertrüstung.

Wie wirkt sich nun die Notverordnung für den Arbeitsmarkt aus? Sie sieht vor eine Einstellungsprämie von 400 M je Arbeiter jährlich, der mehr eingestellt wird; sie gestattet die Unterschreitung des Tariflohnes für die 31. bis 40. Stunde um 50 vH, wenn die Belegschaft um 25 vH vermehrt wird. Wir wollen an Hand eines Beispiels zeigen, wie sich die Notverordnung auswirken wird, für den einzelnen Arbeiter, für die Gesamtkaufkraft, für das Reich und für den Unternehmer.

Angenommen sei ein kleines Werk, das bisher 48 Stunden wöchentlich arbeitete, 40 Mann beschäftigte bei einem gleichmäßigen Stundenlohn von 80 Pf. Der Unternehmer macht von den Vorteilen der Verordnung Gebrauch und erweitert die Belegschaft um 10 Mann = 25 vH, die nun verkürzt, und zwar 40 Stunden, arbeitet. Es ergibt sich folgendes Bild:

Bisher: 40 Mann je 48 Stunden, insgesamt 1920 Arbeitsstunden
 Verdienst je Arbeiter 48 Stunden je 0,80 M = 38,40 M
 Gesamtlohn des Werkes 40 Mann je 38,40 M = 1536.— M
 bei 1920 Stunden.

In Zukunft: 50 Mann je 40 Stunden, insgesamt 2000 Arbeitsstunden
 Verdienst je Arbeiter 30 Stunden je 0,80 M = 24.— M
 Verdienst je Arbeiter 10 Stunden je 0,40 M = 4.— M
 28.— M
 Gesamtlohn des Werkes 50 Mann je 28 M = 1400.— M
 bei 2000 Stunden.

Der Unternehmer verdient also an den reinen Lohnsummen 1536 M — 1400 M = 136.— M
 Ferner für 80 Std. Mehrleistung je 0,80 M wöchentlich 64.— M
 Hierzu Einstellungsprämie für 10 Mann jährlich 400 M, d. h. 4000:52 = 77.— M
 Der Gesamtgewinn des Unternehmers beträgt daher 277.— M wöchentlich

das sind 18 vH der ursprünglichen Lohnsumme. Der bisher beschäftigte Arbeiter büßt dagegen ein 10,40 M von 38,40 M, das sind 27 vH.

Die gesamte Kaufkraft betrug bisher, wenn wir annehmen wollen, daß die bisher Arbeitslosen 12 M Unterstützung wöchentlich bezogen:

Arbeitslöhne von 40 Arbeitern je 38,40 M . . . 1536.— M
 Unterstützungen von 10 Arbeitern je 12 M . . . 120.— M
 Die Gesamtkaufkraft mithin 1656.— M

Sie beträgt in Zukunft:

Arbeitslöhne von 50 Arbeiter je 28 M . . . 1400.— M
 Die Gesamtkaufkraft nimmt also ab um 256 M von 1656 M, das sind 16,5 vH.

Das Reich spart ein 120 M Unterstützung, verliert dafür 77 M Einstellungsprämie, ferner an Einkommensteuer 41,60 M, mithin Gesamtverlust 118,60 M, der die Ersparung von 120 M Unterstützung aufhebt, um so mehr, da dank der verringerten Gesamtkaufkraft Umsatzsteuer und Einkommensteuer zurückgehen.

Im Gesamtergebnis ergibt sich also folgendes Bild: Eine Entlastung des Reiches tritt nicht ein. Der Arbeiter soll Opfer auf sich nehmen, um dem Unternehmer Millionengewinne zuzufießen zu lassen. Die Kaufkraft wird verringert, das Mittelstandsgewerbe wird weiterhin geschädigt, die Wirtschaft wird nicht belebt, sondern noch mehr gedrosselt.

Abwehr des Lohnraubs

Eine auch nur oberflächliche Kenntnis unserer Unternehmer ließ erwarten, daß sie wie Wiesel rennen werden, um die Rechte, die ihnen die neueste Notverordnung auf die Lohntüte gibt, auszunutzen. So unfähig die deutschen Unternehmer auch in geschäftlicher Hinsicht sind, zu Griffe in die Tasche der Proleten hat es bei ihnen immer gelangt. Die Proleten sind jedoch nicht geneigt, die Klauerei noch länger zu dulden. Sie stellen sich auf die Hinterbeine; sie erklären den Herren, daß sie ihren Profit selbst erschanzen müssen, wenn sie nicht die Pfoten aus der Lohntüte lassen. Für den Ernst dieser Erklärung wird der Beweis sofort geliefert. In einer steigenden Zahl von Orten wird gegen den Lohnabzug gestreikt. Wenn die bisher vorliegenden Berichte nicht ganz täuschen, sind die Streiks fast durch die Bank erfolgreich. Als Bestätigung hierfür liegen bei Redaktionsschluß aus verschiedenen Gewerben Fälle vor, wovon wir einige aus der Metallindustrie folgen lassen:

In den Niles-Werken sollte der Lohn für die 30. bis 40. Wochenstunde um 50 vH gesenkt werden. Die Arbeiter haben darauf mit Arbeitsniederlegung geantwortet. Verhandlungen bewegten die Firma zur Rücknahme der Absicht. Beschäftigt sind 448 Mann.

Die Firma Emmerich & Schöning wünschte eine Verhandlung mit der Berliner Ortsverwaltung des DMV über die Notverordnung. Sie führte zur Beibehaltung der 48stündigen Arbeitszeit und Aufgabe des Abzugs.

Die Firma Wolf Netter & Jakobi beabsichtigte einen Abzug von 20 vH auf Grund der Notverordnung. Die Kollegen traten hierauf in passive Resistenz. Die dadurch herbeigeführte Verhandlung hatte den Erfolg, daß die Firma ihren Anschlag zurückzog. (Siehe auch nächste Seite.)

Amoklauferei gegen die Gewerkschaften

Der Ausbeuter ist der natürliche Feind des Ausbeuteten. Dies kommt nicht nur im Arbeitsverhältnis, wo es um Lohn und Profit geht, zum Ausdruck, sondern auch in den gesellschaftlichen Beziehungen. Der deutsche Unternehmer wird sich hundertmal eher mit einem erbfeindlichen Bourgeois an einen Tisch setzen, als mit einem seiner Arbeiter, von dessen Fleiß er lebt. All das Gerede von Interessengemeinschaft aller Deutschen oder Volksgemeinschaft ist blauer Dunst. Wenn dergleichen austrompetet wird, ist besondere Vorsicht am Platze. Wo immer die Arbeiter dieses Gerede für bare Münze gehalten haben, haben sie es schwer büßen müssen. Damit ist weiter nichts als eine eherne Tatsache festgestellt, die so lange vorhanden sein wird, als es eine Gesellschaftsordnung gibt, die auf der Ausbeutung der Mitmenschen beruht.

Am schärfsten bekommt der organisierte Arbeiter die Feindschaft des Unternehmers zu spüren. Die Feindschaft kommt auf hundert verschiedene Arten zum Ausdruck. Die Bekämpfung der organisierten Arbeiter macht der Unternehmerschaft mehr Sorge, als ihr eigentliches Geschäft. Was hat nicht die deutsche Unternehmerschaft schon alles gegen die Gewerkschafter und ihre Organisationen ausgeklügelt und angedreht! Schwarze Listen, Maßregelung, Saalabtreiberei, Prozesse, Drohung, gelbe Vereine, Wohltäterei, Nazizellen und eine ständige Stimmungsmache, wobei alle Register der Demagogie und der Dummcherei gezogen wurden.

In seinem Dauerkrieg gegen die Gewerkschaften hat das Unternehmertum nur einmal eine kurze Pause gemacht, und zwar im November 1918, als die meisten Unternehmer auf Grundes gingen und blaue Brillen brauchten. Da entdeckten sie mit einem Male allerhand Vorzüge an den Gewerkschaften, priesen ihre hohe Einsicht, erfüllten wichtige gewerkschaftliche Forderungen und machten sogar mit den Gewerkschaften eine Gemeinschaft zur Sicherung der Errungenschaften. Lange hat dieser Zustand nicht gedauert, konnte er auch nicht dauern, weil er naturwidrig war.

Als die Gewerkschaften das Chaos bei Kriegsende einigermaßen gemeistert hatten, den Unternehmern Haut und Profitgeschäft nicht mehr bedroht schienen, zeigten sie wieder ihre wahre Natur. Ihre Lobsprieche auf die Gewerkschaften sollten mißverstanden worden sein, von den Verdiensten der Gewerkschaften um Staat und Ordnung wollten sie nichts gemerkt haben, die gemachten Konzessionen forderten sie zurück, damit das recht schnell ging, bettelten sie um die militärische Hilfe der Franzosen, der Achtstundentag wurde gemopst, die Arbeitsgemeinschaft flog auf, der Herr im eigenen Hause trat wieder in Stummischer Urwürdigkeit in Erscheinung.

Freilich, die Raserei gegen die Arbeiterschaft, und ihre Organisationen wurde merklich gehemmt. In jedem Betrieb, bei jeder Lohnverhandlung, in der ganzen Öffentlichkeit sah sich die Beutelust den Gewerkschaften gegenüber. Bei jeder halbwegs günstigen Gelegenheit holten die Gewerkschaften zum Gegenschlag aus. In unzähligen Fällen gelang es ihnen, etwas mehr von dem Arbeitsertrag des Arbeiters für diesen zu erringen, auch sonst die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die sozialen Einrichtungen auszubauen. Daß dadurch die Stimmung der Profitgenossenschaft und ihre Feindschaft gegen die Gewerkschaften immer ranziger wurde, läßt sich denken. Eine Feindschaft, die schweres Geld den Nazis für ihren Kampf gegen den „Marxismus“ spenden ließ; eine Feindschaft, die nun zu richtiger Amoklauferei gediehen ist.

Daß dies keine Übertreibung ist, lehrt die aufmerksame Verfolgung der Presse des Großkapitals und des Tuns seiner Planeschmiede. Das Ergebnis dieses Studiums drängt zu dem Schluß, daß das Unternehmertum etwas Besonderes gegen die Gewerkschaften plant. In einigen seiner Zeitungen ist seit Wochen geflissentlich von der „Schwächeperiode“ der Gewerkschaften zu lesen, die man für einen Schlag recht paßlich hält. Über die Art dieses Schlags gehen indessen die Meinungen auseinander. Ob man da, wie der „Deutsche“ meint, die Auflösung der Gewerkschaften verstehen soll, mag dahingestellt bleiben. Eine neue Spielart des Schlags preist der Herr Wittke, der Führer der sächsischen Industriellen, in deren Blatt die „Sächsische Industrie“. Dort (in der Nummer vom 17. September) schreibt dieser Herr

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also mit gesenkten Löhnen arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Der Vorschlag entspringt der Wut über den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Lohnkürzung durch die Notverordnung. Der sächsische Profitgenosse befürchtet offenbar, daß durch den gewerkschaftlichen Widerstand ihm und seinesgleichen verhindert wird, das goldige Geschenk der Notverordnung unbeeinträchtigt einzuschauern. Er ist hingegen der Meinung, die schöne

Ernte dürfe durch die Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden, sondern die Arbeiter hätten den Lohnabzug wort- und tatenlos hinzunehmen. Damit es so geschehe, müßte eben den Gewerkschaften die Erhebung von Mitgliederbeiträgen verboten werden, dann könnte, so folgert der sächsische Kolonus weiter, eben nicht mehr gegen den Lohnabzug gestreikt, die „letzte große Chance“ des Unternehmertums nicht verpatzt werden, und die schöne, fette Beute volle und glatt in die profitgenössische Scheuer. Wenn aber darüber die Arbeiter mit ihren Familien verhungern? Bedauerlich zwar, aber Nebensache, wo Bankrotteure fortleben wollen!

Wir übergehen die heuchlerischen Vorwände, womit der Ausnahmegesetzler die Beutelust bemäntelt. Wir verschweigen aus naheliegendem Grunde die verfassungsmäßigen Hindernisse eines derartigen Verbots. Wir halten uns auch nicht bei der für alle Arbeiter höchst bedernden Tatsache auf, daß das Verbot nur für die Gewerkschaften gelten soll, aber nicht auch für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Immerhin sei noch erwähnt, daß der Vorschlag des Ausnahmegesetzlers eine beträchtliche Unkenntnis wesentlicher Dinge offenbart, so der jetzigen Stimmung der Arbeiterschaft. Diese Stimmung gestattet anzunehmen, daß das Verbot die gewünschte Wirkung nicht haben dürfte, das heißt, daß der Widerstand gegen den Lohnabzug ungemindert, hier und da vielleicht in etwas anderer und eher noch wirksamer Weise weitergehen wird. Mehr braucht hierzu nicht gesagt zu werden. Eine Probe aufs Exempel würde ergeben, daß es auch für Ausnahme-gesetze und Diktatur eine Grenze gibt.

Schon ganz töricht ist die Spekulation auf die „Schwächeperiode der Gewerkschaften“. Gewiß hat ihnen die schwere Wirtschaftsnot die Mitgliederlisten verkleinert und die Finanzkraft geschwächt. Dies aber als „Schwächeperiode“ buchstabieren zu wollen, hieße eine erkleckliche Weltfremdheit ausdrücken. Die Arbeiter, die durch unerbittliche Not die gewerkschaftliche Mitgliedschaft aufgeben müssen, bleiben nach wie vor im Geistes- und Einflußkreis ihrer Organisation. Bei vielen von ihnen hat sich allerdings etwas geändert, nämlich ihr Haß gegen dies kapitalistische System, das dieses namenlose Elend hervorbringt, ist beträchtlich gewachsen, und die Entschlossenheit, es und seine Stützen zu beseitigen.

Aber abgesehen von alledem, eine Schamlosigkeit bleibt es jedenfalls, ein Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften zu fordern, damit die Arbeiter vollends der Beutelust habgieriger Bankrotteure ausgeliefert sind. Sich darüber zu entrüsten, ist indes unangebracht. Durch den Vorschlag zeigt der Ausbeuter aber nur seine wahre Natur: seine Todfeindschaft gegen die, von deren Arbeit er lebt.

Entzückte Profitgenossen

Obacht: sie wollen aufstehen wie 1914!

In seiner Rundfunkrede hat Herr von Papen die Unternehmer aufgerufen, wacker an die Durchführung der Notverordnung zu gehen. Den Unternehmern leuchtet die Billigkeit dieser Aufforderung ein. Ein Dienst ist des andern wert. Sie bekommen doch durch die Notverordnung eine dicke Stange Gold auf Kosten der Steuerzahler und der Arbeiter. Wie hoch sich das Geschenk beziffern wird, steht noch nicht fest; man spricht von 4 bis 5 Milliarden Mark. Wie kann bei einem solchen Entgelt sich ein Unternehmer weigern, seine geschätzte Kraft für sein eigenes Geschäftsinteresse einzusetzen? Solch eine eintägige Gelegenheit, auf Kosten anderer den Wirtschaftsführer zu zeigen, kommt nicht wieder. Wahrscheinlich wird auch diesmal die Beweisführung mißlingen. Was macht das? Es springt auch dabei etwas heraus — Steuergutscheine und das Recht auf Lohnabzug. In jedem Falle ein risikoloses Geschäft!

Nun wird man leicht verstehen, warum die Unternehmer gewillt sind, die Regierung, die gaberreiche, nicht im Stich zu lassen. Die Unternehmerpresse gestattet sich, das kund und zu wissen zu tun. Sind das nicht die eigenemützigsten Vaterlandretter, die das, was sie bisher versäumt, jetzt gegen gute Barzahlung tun wollen? In der Bergwerks-Zeitung (Nr. 22) sagt ein Schraubenfabrikant — Werner Schaurte ist der Name des Braven —, eine Stellungnahme gegen die Notverordnung sei gleichbedeutend — mit Landesverrat: ein Unternehmer, der so was tue, sei ein Verräter. Solch patriotische Strenge läßt ahnen, wieviel der gute Mann von der Notverordnung erhofft. Zum Schluß dreht der Neuer Schraubenfabrikant noch folgende Schraube:

„Das Unternehmertum wird, wie in früheren Zeiten, durch die mühe Tat den Beweis dafür antreten, daß seine Ansprüche, als Führerschaft anerkannt zu werden, berechtigt sind. Genau wie im August 1914 alle einig aufstanden im Kampf mit den Waffen gegen den äußeren Feind, genau so werden auch jetzt die Unternehmer gemeinsam sich erheben im Offensivkampf gegen die Wirtschaftskrise und ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege führen. Dieser Offensivgeist wird Deutschland dazu bringen, die Not der Jetztzeit zu überwinden.“

Merkwürdig, daß der gute Mann nichts von einer „ethischen Verpflichtung dem Vaterlande gegenüber“ verstanden hat, als das goldige Geschenk der Notverordnung noch nicht gespendet war, und daß auch von der „Notwendigkeit des Dienstes für das Ganze“ vorher nicht geredet wurde. Daß nun aber nach dem 5. September die vaterländische Begeisterung hochschlägt, ist zum mindesten etwas verächtlich. Ferner scheint es, als ob der Herr Schraubenfabrikant die Geschichte von dem Aufstehen im August 1914 nicht richtig in der Erinnerung hat. Gewiß, aufgestanden sind damals auch die Unternehmer, aber sie setzten sich meist gleich wieder, das Stehenbleiben und Marschieren mit den Waffen gegen den äußeren Feind überließen sie anderen. Sie hatten dafür natürlich ihren Grund: sie mußten das Kriegsgeschäft betreiben, das goldige, dessen schwere Erträge dann allerdings schnell wieder verpulvert worden sind. Ob sie es mit dem Ertrag aus der Notverordnung anders machen?

Jetzt sollen sich die Unternehmer abermals gemeinsam erheben, und zwar im Offensivkampf gegen die Wirtschaftskrise ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege zu führen. Das mit den Belegschaften ist besonders nett. Nichts Neues zwar, aber doch beachtenswert im Zusammenhang mit „einer ethischen Verpflichtung dem Vaterlande gegenüber“. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer in dem Offensivkampf gegen ihre Belegschaften den ganzen Kampf gegen die Wirtschaftskrise sehen. Oder sollte das bloß eine überdrehte Schraube sein in dem Kopfe des Herrn Werner Schaurte in Firma Bauer & Schaurte, Schraubenfabrik in Neuß?

Steigende oder sinkende Gesamtlohnsumme?

Es kann nicht angezweifelt werden, daß dem Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung von Papen ein Erfolg, wenn überhaupt, nur dann beschieden sein kann, wenn er die Wirkung hat, daß die Gesamtlohnsumme, die in der Wirtschaft zur Auszahlung gelangt, ansteigt. Die neuangestellten Arbeiter müssen eine Lohnsumme erhalten, die nach Abzug der bisher bezogenen Unterstützungen, größer ist als die Lohnsenkungen, die auf Grund des Papen-Planes die bisher beschäftigten Arbeiter erleiden. Ist das nicht der Fall, so wird die Gesamtlohnsumme statt zu steigen, noch weiter sinken, und dann ist der Arbeitsbeschaffungsplan unbedingt zum Scheitern verurteilt. Sinkt nämlich die Gesamtlohnsumme, so müßte sich die Absatzkrise noch verschärfen, da für die Schrumpfung des inneren Verbrauchs weder durch erhöhte Ausfuhr noch durch Herstellung von Produktionsmitteln oder durch Produktion auf Vorrat Ersatz geschaffen werden kann, zumal bei einer weiterschumpfenden Massenkaufkraft für die Erweiterung der Produktionsmittel oder für Produktion auf Vorrat nicht der geringste Anreiz vorhanden ist.

Wird aber die Gesamtlohnsumme steigen? Für die Unbekümmertheit des Reichskanzlers von Papen zeugt seine Erklärung, der zufolge die Gesamtlohnsumme nach Durchführung seines Arbeitsbeschaffungsplans „sogar noch steigen kann“. Er hält also diese für den Erfolg der Ankurbelung unbedingt erforderliche Steigerung der Gesamtlohnsumme nur für möglich, aber nicht für notwendig. Es kann nicht berechnet werden, wieviele Neueinstellungen mit der Steigerung der Lohnsumme zunächst erfolgen werden. Dagegen kennen wir die Umstände, die die Senkung der Gesamtlohnsumme herbeiführen müssen.

1. Der Lohn der Beschäftigten darf nach der Notverordnung im Falle der Arbeitszeitverkürzung unter Brechung des Tarifvertrags gesenkt werden. Die Lohnsenkung für die Beschäftigten ist nicht, wie der Reichskanzler erklärte, auf höchstens 12% vH beschränkt, vielmehr kann sie zum Beispiel beim Übergang von der 50stündigen Arbeitszeit auf eine 40stündige unter Umständen viel höher sein, bis zu 25 vH und mehr.

2. Der Schlichter erhält außerdem das Recht, in sogenannten gefährdeten Betrieben den Lohn auf Wunsch des Unternehmers bis zu 20 vH zu senken. Da nun die Unternehmungen, die weder Lohnzuschüsse noch das Recht zur Unterschreitung der Tarifsätze erhalten, weil sie Neueinstellungen nicht vornehmen können, wenn sie zum Beispiel bisher schon stark verkürzt arbeiteten, gegenüber jenen Unternehmungen, die Lohnzuschüsse erhielten, ins Hintertreffen kommen, so werden sich diese als „gefährdeter“ melden und beim Schlichter die Herabsetzung des Tariflohns durchsetzen.

3. Gefährdet wird weiter die Gesamtlohnsumme durch die Kündigung ablaufender oder Nichterneuerung abgelaufener Tarifverträge. Daß die Unternehmer entschlossen sind, zu

stärksten Lohnsenkungen zu schreiben, dafür haben wir Beispiele genug. Die Unverfrorenheit des Braunkohlenbergbaus, der sich vielleicht der günstigsten Lage in der ganzen deutschen Produktion erfreut, eine Lohnsenkung um 20 vH zu fordern, die Lohnabbauwünsche im Ruhrkohlenbergbau usw. sind Vorbote einer neuen Lohnsenkungswelle, der die reaktionäre Regierung der Trustmagnaten mit aller Kraft Vorschub leistet, indem sie von vornherein erklärt, daß in Zukunft die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in aller Regel unterbleiben wird. Derart droht ein tarifloser Zustand, bei dem die Unternehmer hoffen, im trüben zu fischen und die Löhne stark zu senken.

4. Die Absichten der Regierung, den Großgrundbesitz weiter zu begünstigen und zu dessen Schutz das verderbliche Kontingentsystem in die Handelspolitik einzubauen, wird die Gesamtlohnsumme in zweierlei Richtung ungünstig beeinflussen: Einmal wird der Reallohn wegen der zu erwartenden Steigerung der Lebensmittelpreise sinken, so daß die Massenkaufkraft für Industrieartikel eine weitere Schrumpfung erfahren wird. Zum andern wird das Kontingentsystem die handelspolitische Lage Deutschlands auf dem Weltmarkt weiter verschlechtern, eine weitere Absperrung deutscher Industriefertigwaren auf dem Weltmarkt zur Folge haben, wodurch der Vorteil der Verbilligung der Ausfuhr infolge der Lohnsenkungen von der Seite der Handelspolitik zerstört wird, um nicht davon zu sprechen, daß das Ausland sich gegen deutsche „Schleuderlöhne“ zur Wehr setzen wird.

In diesem Lichte erscheint die Behauptung, die Gesamtlohnsumme werde durch die Neueinstellungen trotzdem ansteigen, völlig unbegründet, wenn nicht gar irreführend. Selbst ein eifriger Verteidiger des Papen-Plans, der ihn mit durchweg falschen Argumenten vertritt, Dr. H. J. Rüstow (Deutscher Volkswirt, Nr. 50), fühlt sich zur Feststellung gedrängt, daß die Maßnahmen der Notverordnung, die die Gewährung von Lohnzuschüssen betreffen, die Steigerung der Gesamtlohnsumme nicht gewährleisten und zieht die Folgerung, daß die „Beibehaltung der bisherigen Regelung aller Wahrscheinlichkeit nach in kürzester Zeit zu einem neuen Zusammenbruchszustand industrieller Betriebe in unabsehbarer Umfang führen würde, so daß der Plan, der in weitesten Kreisen Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg der Wirtschaft geweckt hat, eher einen neuen Krisenprozeß als einen Konjunkturaufschwung einleiten würde“. Dabei beziehen sich die Bedenken dieses Kritikers allein auf die falsche Konstruktion der Lohnzuschüsse und er übersieht dabei alle anderen Gefahren, die wir in den Punkten 1 bis 4 entwickelten und die dafür sprechen, daß die Gesamtlohnsumme mit der größten Wahrscheinlichkeit nicht zu-, sondern abnehmen muß. Das wäre aber der Tod des Papen-Plans, gleichzeitig aber die nicht zu überbietende Steigerung der Arbeitslosigkeit und des Massenelends.

Zwei Arbeitsminister

Vom 19. September an tagte in Düsseldorf der Kongreß der Christlichen Gewerkschaften. Er stand mehr als einer seiner Vorgänger unter dem kritischen Zustand Deutschlands. Der Zustand ist ja auch dermaßen empörend, daß er selbst von Haus aus so friedliche und gesittete Gewerkschaftsfunktionäre, wie es unsre christlichen sind, in Harnisch bringen muß. Der Kongreß war denn auch, wenn man den Berichten trauen darf, mit Unwillen geladen wie eine Leidener Flasche. Das traf in Reden, hier und da in den Entschlüssen, in Erscheinung. Die außergewöhnlich radikale Einstellung wurde durch die arbeiterfeindliche und sonstige reaktionäre Politik der derzeitigen Reichsregierung bestimmt. Gegen diese wurde das schwerste oratorische Geschütz aufgeföhrt. Ganz mit Recht. Nur scheint bei den Angriffen auf Herrn von Papen ganz vergessen worden zu sein, daß er wie seine christlich-gewerkschaftlichen Angreifer zu der gleichen Partei gehören und daß er sich gleichfalls als gut national und christlich ausgibt. Wir führen dies mehr aus dem Grunde an, um zu zeigen, welch scheußlicher Unfug mit den Wörtern „national“ und „christlich“ getrieben werden kann.

Die, man verzeihe, fast bolschewistische Einstellung der Kongreßredner entsprang, wie man annehmen kann, nicht bloß dem Schmerz über die jetzige Regierungspolitik, sondern auch dem Unbehagen über etwas anderes:

Die christlichen Proleten stellen immerfort Vergleiche zwischen Papen und Brüning an, zwischen beider christlichen Gesinnung und ihrer Parteizugehörigkeit. Sie können da auch beim besten Willen keinen Unterschied finden. Sie vergleichen weiter, was ihnen unter Papen an sozialen Unterstützungen und Lohn gekürzt wurde und was unter Brüning. Auch hier können die christlichen Proleten bis zur Stunde keinen Unterschied sehen. Sie vergleichen ferner, wem beide die den armen Teufeln abgeklopften Milliarden hingeschoben haben. Selbst hier ist kein Unterschied zu entdecken. Aus diesen Vergleichen ziehen die christlichen Proleten allerhand Schlüsse, die weder der jetzigen Regierungspolitik noch der vorhergehenden günstig sind.

Das ist der christlichen Gewerkschaftsleitung wohl bekannt; darüber berichten die Geistlichen, die das Ohr immer am Boden haben, den zuständigen Stellen. Das bestimmt den führenden Kreis des Katholizismus, möglichst auffällig zu zeigen, wie sehr er sich jetzt der armen Teufel anzunehmen geneigt ist, jetzt, in der Zeit des Kabinetts der Barone. Und der frühere Arbeitsminister Stegerwald nahm in

Düsseldorf die Gelegenheit wahr, zu zeigen, daß er Nägel auf den Stiefeln und Haare auf den Zähnen hat — gegen seinen Nachfolger.

Der derzeitige Arbeitsminister Dr. Schäffer war in Düsseldorf erschienen, um dem Kongreß etwas zu sagen. Was das gewesen ist, können wir getrost übergehen, da Ministerreden seit dem September 1930 immer billiger geworden sind. Der Herr Minister Dr. Schäffer ist von dem Kongreß garstig behandelt worden. Bössartige Zwischenrufe sind ihm zugeworfen worden, selbst an Pfiffen hat es nicht gefehlt. Manchmal soll er nicht mehr haben reden können. Demnach hat er selbst feststellen können, wie man über das Tun der Regierung der nationalen Konzentration und über das ihres Arbeitsministeriums im Volke denkt. Der Herr Minister suchte durch allerhand Redewendungen die Stimmung zu wenden. Vergeblich. Denn was unter diesem Minister an der Arbeitslosenklasse verübt worden ist, läßt sich selbst mit Engelszungen nicht aus der Erinnerung wischen.

Der frühere Arbeitsminister, Herr Stegerwald, der nach Dr. Schäffer das Wort nahm, redete starke Töne gegen die Politik des Kabinetts der Barone. Der arbeiterfreundliche Radikalismus des Herrn Stegerwald kommt leider etwas zu spät, wodurch er reichlich verdächtigt wird. Wir erinnern uns an seine Rede auf unserm Frankfurter Gewerkschaftskongreß und an seine darauf folgenden Taten! Wir erinnern uns weiter an seine Rede auf unserm Krisenkongreß in Berlin und an den da gemachten Hinweis auf die „Angleichung der Binnenlöhne“. Was das für die Arbeiterschaft zu bedeuten hatte, darüber war sich jeder Zuhörer klar. Ausgepfiffen worden wie sein Nachfolger ist Herr Stegerwald weder auf der Frankfurter noch auf der Berliner Tagung, aber daß dort die Stimmung über ihn günstig gewesen wäre, als jetzt über seinen Nachfolger zu Düsseldorf, das läßt sich bestimmt nicht behaupten.

Wir möchten kein Wort, keine Silbe zugunsten des Arbeitsministers der Papen-Regierung sagen, weil dafür nicht der geringste Anlaß vorliegt, sondern nur das Gegenteil. Aber wenn wir den derzeitigen Arbeitsminister mit seinem Vorgänger vergleichen, da kommen wir zu dem Schluß, daß beide gleichwertig sind. Alle beide werden der Arbeiterschaft immer unvergeßlich bleiben. Von beiden wird die Arbeiterschaft, einschließlich der christlichen, weiterhin noch ein Liedchen singen, das sich gewaschen hat. Von diesem Liedchen wird, wenn nicht alles täuscht, die Partei der Herren Stegerwald und Brüning noch allerhand zu hören bekommen.

Abwehr des Lohnraubs

Bei Stock & Co. sollte auf Grund der Notverordnung ein Abzug von 10 vH für die 31. bis 40. Stunde erfolgen. In einer Urabstimmung lehnte dies die Belegschaft ab. Die Firma zog die Ankündigung der Lohnkürzung zurück. Beschäftigt 1000 Mann.

Bei der Metallfirma Walter Callmann wurde von der Betriebsleitung das Ansinnen auf Lohnkürzung für 16 Stunden gestellt wegen angeblicher Neueinstellung von mehr als 10 vH. Als Antwort legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Die Firma zog ihr Dekret zurück.

Nach dem BT ist die Belegschaft der Pittler-Werkzeugmaschinen AG in Leipzig am 22. September in den Streik getreten. Die Belegschaft wollte nicht zulassen, daß Arbeitszeit und Lohn unter falschen Voraussetzungen gekürzt würden.

Der Streik bei der Gußstahlwerk Wittmann AG in Hagen, der durch die Ankündigung eines Lohnabzuges auf Grund der Notverordnung ausgelöst worden war und der alle gewerkschaftlichen Richtungen umfaßte, ist beigelegt. Die Firma hat ihre Ankündigung zurückgenommen. Da auch die fristlos Entlassenen wieder eingestellt wurden, haben die 400 Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen.

Den gleichen Ausgang nahm ein Streik, den die 350 Mann starke Belegschaft des Metallwerkes Reinshagen in Wuppertal-Ronsdorf geführt hat, weil die Werksleitung unter Berufung auf die Notverordnung die Löhne kürzen wollte. Auch hier wurde die ausgesprochene Kürzung zurückgenommen, so daß alles beim alten bleibt.



Geld in Masse — für die Rüstung

Das Volkseinkommen ging in der Weltwirtschaftskrise in allen Ländern gewaltig zurück. Aus dem verminderten Volkseinkommen müßten die Arbeiter, die das kapitalistische Wirtschaftssystem aus der Arbeit schleuderte, erhalten werden. Während jedoch die Staaten für die Erhaltung ihrer Arbeitslosen nur sehr ungenügend oder überhaupt nicht sorgten, verstanden sie, ihre Rüstungsausgaben auch noch während der Zeit der Wirtschaftskrise und trotz sinkender Preise der Waren und der Arbeitskraft gewaltig zu erhöhen. Die amerikanische Zeitschrift The Index, eine Veröffentlichung der New Yorker Trustgesellschaft, bringt in ihrem Augustheft eine vergleichende Tabelle der Rüstungsausgaben, die auf Grund des Völkerbundmaterials von der amerikanischen Gesellschaft für Außenpolitik bearbeitet wurde. Aus den Zahlen geht hervor, daß die Rüstungsausgaben der sieben großen militärischen Mächte der Welt 1930/31 nicht nur gegenüber 1913, sondern auch gegenüber 1926/27, einem Jahr guter Wirtschaftskonjunktur, stark anstiegen. Betrug sie 1913/14 2154 Millionen, im Finanzjahr 1926/27 2305 Millionen, so stiegen sie im Krisenjahr 1930/31 auf 2958 Millionen Dollar. Die Steigerung der Rüstungsausgaben 1930/31 gegenüber der Vorkriegszeit betrug 37 vH. Seit 1926/27 sind die Rüstungsausgaben um 29 vH gestiegen. Schaltet man Deutschland, das vor dem Krieg hinsichtlich der militärischen Ausgaben an erster Stelle in der Welt stand und das seine Rüstungsausgaben infolge des Versailler Vertrages stark herabsetzen mußte, aus, so beläuft sich die Steigerung der Rüstungsausgaben 1930/31, in einem Jahr, wo die Preishöhe von dem der Vorkriegszeit nur wenig entfernt war, gegenüber der Vorkriegszeit auf 65 vH.

Die größten Rüstungsausgaben hatten 1930/31 die Vereinigten Staaten mit 728 Millionen Dollar, eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit fast auf das Dreifache. Gegenüber dem Jahr der Hochkonjunktur 1927 waren sie 1930/31 noch um ein Viertel höher. Die russischen Rüstungsausgaben betragen im zaristischen Rußland 1913/14 448 Millionen Dollar, 1926/27 363 Millionen Dollar, 1929 580 Millionen Dollar. Englands Rüstungsausgaben stiegen von 375 Millionen Dollar vor dem Krieg auf 564 Millionen Dollar 1926/27, sanken aber 1930/31 auf 535 Millionen, so daß England als einziges Land unter den Großmächten in der Wirtschaftskrise seine Rüstungsausgaben ermäßigte. Frankreich dagegen, dessen Rüstungsausgaben im Jahre 1930/31 mit 455 Millionen Dollar um 30 vH höher waren als vor dem Krieg, erhöhte diese Ausgaben seit 1926/27 auf mehr als das Doppelte. Italiens Rüstungsausgaben waren 1930/31 mit 259 Millionen Dollar um 44 vH höher als vor dem Krieg, sie wurden in der Krisenzeit noch um 25 vH erhöht. Im stärksten Tempo stiegen die Rüstungsausgaben außer in den Vereinigten Staaten in Japan, wo sie von 95 Millionen Dollar 1913/14 auf 212 Millionen Dollar 1926/27 bzw. 232 Millionen Dollar 1930/31 anstiegen.

Die neuen militärischen Abenteuer 1931/32 brachten Japan, einem Land, dessen Bevölkerung zu den ärmsten der Welt gehört, eine weitere gewaltige Erhöhung der Rüstungsausgaben, die die Staatsfinanzen dieses Landes völlig zerstörte. Die Rüstungsausgaben Deutschlands sanken nach dieser Statistik infolge der Verträge von Versailles auf 463 Millionen Dollar 1913/14 auf 157 Millionen 1926/27. Selbst Deutschland wies jedoch im Jahr der Wirtschaftskrise 1930/31 mit 170 Millionen Dollar einen gegenüber der Konjunkturzeit 1927 um 13 Millionen Dollar erhöhten Stand der Rüstungsausgaben auf.

Der schwedische Verbandstag

Im August 1929 hatte der Schwedische Metallarbeiter-Verband 98 131 Mitglieder, am 30. Juni dieses Jahres 101 328. Damals betrug die Zahl der arbeitslosen Mitglieder 4415 oder 4,8 vH, am 30. Juni d. J. 22 081 oder 23 vH. Die Unterstützung der Arbeitslosen verursachte die größten Ausgaben, die der Verband während der letzten Jahre gehabt hat. Während der Jahre 1930/31 bezahlte der Verband 5 075 106 Kronen an Unterstützungsgeldern. Vom Januar bis zum Juli d. J. betrugen die Unterstützungsgelder an Arbeitslose 2 932 568 Kronen. In Schweden gibt es keine staatliche Arbeitslosenversicherung, sondern die Hilfe, die der Staat gewährt, besteht darin, daß er sogenannte Nothilfsarbeiten anordnet und daß er durch die Gemeinden Unterstützung in barem Gelde ausbezahlt läßt. Die Gemeinden selbst tragen auf diese Weise zur Unterstützung der Arbeitslosen bei.

26 Anträge betrafen die Unterstützung von Arbeitslosen. Auf den Vorschlag des Vorstandes hin beschloß man wegen der großen Arbeitslosigkeit und der dadurch verursachten Beanspruchung der Verbandskasse gewisse einschränkende Bestimmungen einzuführen. Man beschloß, daß ein Mitglied 12 aufeinanderfolgende Arbeitstage ohne Arbeit sein muß, um eine Unterstützung für 7 Tage zu bekommen. Die ersten 7 Tage betrachtet man als Wartetage, und für diese wird keine Unterstützung gezahlt. Frühere Bestimmungen forderten, daß der Arbeitslose 14 aufeinanderfolgende Tage, in denen also auch Sonn- und Feiertage mit eingerechnet waren, ohne Arbeit sein mußte. Außerdem sagt eine Bestimmung, daß ein Mitglied, das wenigstens 14 Tage im Laufe von 5 Wochen oder einer kürzeren Zeit arbeitslos war, eine Unterstützung für 7 Tage bekommen kann. Letzteres ist dahin abgeändert worden, daß eine Unterstützung für 7 Tage gezahlt werden kann, wenn ein Mitglied 12 arbeitslose Arbeitstage im Laufe von höchstens 4 Wochen nachweisen kann. Es kann eine Unterstützung für 70 Tage im Laufe einer Periode von 12 Monaten gezahlt werden. Wenn diese Periode zu Ende ist, muß das Mitglied einen Beitrag für 8 Wochen bezahlen, um wieder ein Recht auf Unterstützung in einer künftigen Periode von 12 Monaten zu haben. Letzteres ist insofern verschärft worden, als ein Mitglied den Beitrag für 12 Wochen bezahlen muß. Früher galt die Bestimmung, daß ein Mitglied, das während zwei 12-Monatsperioden Arbeitslosenunterstützung für 120 oder mehr Tage bekommen hatte, den Beitrag für 16 Wochen bezahlen mußte, um wieder in einer neuen 12-Monatsperiode unterstützungsberechtigt zu sein. Letzteres ist dahin abgeändert worden, daß das Mitglied den Beitrag für 24 Wochen bezahlen muß.

Der Kongreß sprach sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche aus, jedoch zuerst für eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Mitglieder, die jetzt länger als 48 Stunden schaffen.

Der Verbandstag bewilligte jährlich 5000 Kr. für Vorlesungen und Studienzirkel in den Abteilungen. Dabei sollen Gegenstände behandelt werden, die die Gewerkschaftsbewegung und mit dieser zusammenhängende Fragen betreffen. Weiter werden jährlich 5 bis 8 Stipendien an Mitglieder ausgeteilt. Diese Stipendiaten besuchen die Gewerkschaftsschule in Brunnsvik. Die Studienzeit ist auf 12 Wochen festgesetzt. Der Kongreß hat die Summe für die Stipendien von 300 auf 400 Kr. erhöht. Ferner werden jährlich 5 Stipendien je 200 Kr. an Mitglieder ausgeteilt, die einen Winterkurs an einer Volkshochschule besuchen. Es dürfen künftig 2 Ferienkurse veranstaltet werden.

Was die Friedensfrage anbetrifft, so wurden die Mitglieder des Verbandes aufgefordert, an der Propaganda für den Frieden und die Abrüstung mitzuarbeiten.

Die früheren Funktionäre wurden wiedergewählt. Außerdem wählte man vier neue im Betrieb stehende Mitglieder in den Vorstand und sechs neue in den Erweiterenden Vorstand.

Axel Svensson.

Brief aus Newjork

Von einem Verbandsmitglied wird uns ein Brief seines in Newjork lebenden Verwandten zur Verfügung gestellt, aus dem wir das Wesentlichste hier folgen lassen:

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach konservativer Schätzung zirka 11 Millionen, nach anderen Quellen sogar 18 Millionen. Das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit seit 1929 zeigt sich im Leben der Nation in verschiedenen Auswirkungen, zum Beispiel in der „Bonus-Armee“, dem „Farmerstreik“ und in jeder Großstadt in der Errichtung von Bretterbuden und Wellblechhütten für die Obdachlosen, dies ohne Zuschuß oder Genehmigung der Behörden. Ferner streifen 1 bis 2 Millionen Arbeitslose in klapprigen Autos durch das Land, vielfach Familie und Hausgerät mit sich führend; Benzin und Lebensmittel werden erbettelt.

Die Regierung sucht diesem großen Problem auf verschiedenen Wegen Herr zu werden, hat bis jetzt aber wenig oder keinen Erfolg zu verzeichnen. Die jetzige (republikanische) Regierung, die durch die kommenden Wahlen äußerst bedroht ist, hat als erstes Prinzip in dieser Frage: „Keinen Cent bares Geld für Arbeitslose ohne Gegenleistung, ein Amerikaner nimmt keine Almosen von seiner Regierung.“ Präsident Hoover erklärte zu verschiedenen Malen: „Das Land ist reich genug, jeder einzelne Staat, jede Stadt oder Gemeinde muß für ihre eigenen Hilfsbedürftigen aufkommen.“ — Damit wälzte die Regierung offiziell die Verantwortung auf die einzelnen Staaten ab, begann jedoch unter dem Druck der Verhältnisse allerlei Hilfsaktionen.

Vom Präsidenten wurde eine Kommission, bestehend aus Industriellen, Gelehrten, Wirtschaftlern und Arbeiterführern eingesetzt, welche die Aufgabe hat, auf verkürzte Arbeitszeit (40-Stunden-Woche), Einrichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen usw. hinzuwirken. Ferner wurde die Einwanderung ausländischer Arbeiter total unterbunden und im Staatsdienst nicht festangestellte, jedoch entbehrliche Arbeiter wurden nicht entlassen, sondern erhielten Zwangsferien von 1 bis 2 Monaten. Zudem bewilligte die Bundesregierung zur Ausführung öffentlicher Arbeiten (Straßenbau, Kraftwerke) etwa 186 Mill. Dollar. Man sieht, daß die Regierung viel guten Rat, aber wenig bare Mittel für die Arbeitslosen übrig hat. Der Grund dafür ist, daß der nach vielen Mühen erreichte Ausgleich im Bundeshaushalt nicht wieder aus dem Gleichgewicht kommen durfte.

Nun zu den Maßnahmen der einzelnen Staaten, um die unbeschäftigten Mitbürger vor Hunger oder Obdachlosigkeit zu bewahren. Bekanntlich haben wir 48 Staaten, und in jedem ist das Problem verschieden, je nachdem ob darin Industrie, Landwirtschaft oder Bergbau vorherrscht. Auf die großzügig angelegten Maßnahmen für die Hilfe der bedrängten Farmer kann ich hier nicht weiter eingehen; ich beschränke mich darauf, die Verhältnisse im Staate Newjork, der typisch ist für die industriellen Staaten, zu schildern.

Man hat hier von der Staatsregierung als ersten Schritt ein großes Programm öffentlicher Arbeiten aufgestellt; die Mittel dafür werden zum Teil von der Bundesregierung entliehen, zum Teil durch Benzinsteuern aufgebracht. Leider erweist es sich hier, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeitslosen untergebracht werden kann. Übrigens heißt es auch bei der Staatsregierung: Keine Geldunterstützung ohne Arbeitsleistung! Für das kommende Jahr ist eine planmäßige Beförderung

großer Ländereien vorgesehen, die 10 000 Leute beschäftigen soll. Ein Tropfen im Ozean. Man sieht also, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung weder vom Einzelstaat noch von der Bundesregierung gelöst ist. Man beschränkt sich darauf, außer etwas größeren als gewöhnlichen Ausgaben für Notstandsarbeiten, der Großindustrie und dem Arbeitgeber im allgemeinen mit gutem Rat, aber nicht mit der Tat beizustehen.

So ergibt es sich dann schließlich, daß die Stadt oder die Gemeinde die Bürde der Arbeitslosenhilfe im weitaus größten Maße zu tragen hat. Dies geschieht in fast allen Gemeinden auf recht unvollkommene Art. In der Stadt Newjork hat jeder Arbeitslose das Recht, in bestimmten Büros zu registrieren. (In der Stadt Newjork registrierten sofort nach Eröffnung der Büros über 250 000, dann mußten die Listen wegen Überfüllung geschlossen werden. Wegen der geringen zur Verfügung stehenden städtischen Mittel werden ungefähr 20 000 Familienväter abwechselnd beschäftigt.) Kann der registrierte Arbeitslose beweisen, daß er verheiratet und mittellos ist, bekommt er (vielleicht!) drei Tage in der Woche Arbeit in Parks, Anstalten usw., wofür er einen Lohn von 15 Dollar erhält.

Diese Summe ist bei den heutigen niedrigen Lebensmittelpreisen für eine mittlere Familie ausreichend. Fernerhin übernimmt es in vielen Fällen die Stadt, die Wohnungsmiete oder einen Teil davon an den Hauswirt auszusahlen. Dieses letztere ist meines Wissens die einzige Gelegenheit, wo der Arbeitslose von einer Behörde Geldhilfe erhält, ohne dafür zu arbeiten.

Nach all dem Vorhergehenden würde es scheinen, als ob in Amerika die meisten Arbeitslosen Hunger leiden oder obdachlos sind; dies ist aber nicht gerade der Fall. Allerorten treten nämlich die zahlreichen privaten Wohltätigkeits- und Unterstützungsorganisationen in Aktion. Diese sind vorwiegend religiöser Art (ein kirchentreuer Arbeitsloser wird immer zuerst versorgt). Dann aber gibt es Unterstützungsfonds von allerhand Handwerker-, Geselligkeits- und politischen Vereinen. Alle diese Unternehmen beziehen ihre Mittel fast ausschließlich durch Sammlungen, Erbschaften, Vorstellungen; der Staat springt nur äußerst selten bei.

Jeder Unbeschäftigte ist hier mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen, und die meisten sind gewitzigt genug, sich auf irgendeine Weise durchzuschlagen. Man geht eben von einer privaten Unterstützungsstelle zur andern, läßt die Stadt die Miete bezahlen, ist bei der Heilsarmee oder in ähnlichen freien Suppenküchen, hausiert mit allen möglichen Artikeln, bettelt, und sucht Hilfe bei bessergestellten Freunden oder Verwandten.

Dies ist also im großen ganzen die Lage des Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Es ist bemerkenswert, daß die Industrie und die Arbeitgeber im allgemeinen, außer gelegentlichen Abgaben an private Wohltätigkeit, überhaupt nichts oder doch sehr wenig für ihre früheren Arbeiter tun. Es gibt da allerdings lobenswerte Ausnahmen. Neuerdings versuchen die Bundes- und Staatsbehörden, den Großindustriellen ins Gewissen zu reden. Seit Anfang Juli hört man von Wiedereinstellungen und Wiederaufnahme der Arbeit in manchen bisher geschlossenen Fabriken. Jede Nachricht dieser Art wird dann mit großem Tamtam von der Unternehmerpresse verkündet, doch die große Notlage so gut wie möglich vertuscht... Henry.

Die 40-Stunden-Woche in Genf

Ein Manöver des Italienischen Faschismus

Die 40stündige Arbeitswoche steht seit Jahren an der Spitze der gewerkschaftlichen Forderungen. Sie durchzusetzen, ist den Gewerkschaften in zahlreichen Fällen gelungen. In noch mehr Fällen hat das segensreiche Werk die wirtschaftliche Not erleichtert oder vollbracht: vor die Notwendigkeit gestellt, immer mehr Leute zu entlassen, sind zahlreiche Betriebe zur Verkürzung der Arbeitszeit und schließlich zur 40stündigen oder noch kürzeren Arbeitswoche übergegangen. Über ihre Unerläßlichkeit wird heute kaum noch gesprochen. Gewiß sträuben sich noch die Unternehmer und Regierungen, die 40stündige Arbeitswoche zur festen oder gesetzlichen Regel zu machen. Das wird an der Tatsache nichts ändern, daß die große Reform, daß diese soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit in der ganzen Welt verwirklicht ist und mit jedem Tage mehr verwirklicht wird.

Jetzt, wo die 40-Stunden-Woche schon soweit gediehen ist, befaßt sich auch das Internationale Arbeitsamt in Genf ernstlich damit. Es hat dort am 21. September eine besondere Sitzung begonnen, die sich mit einem Antrag der italienischen Regierung auf Einführung der 40stündigen Arbeitszeit beschäftigt soll. Wir wünschen und hoffen, daß das Arbeitsamt mit dieser Reform eher Erfolg haben möge als mit dem Achtstundentag. Unsre Freude darüber, daß sich das Arbeitsamt mit der 40stündigen Arbeitswoche beschäftigt, läßt uns die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es in sozialpolitischen Dingen etwas mehr Tatkraft entfalten sollte. Wir sind uns der technischen wie organisatorischen Hemmnisse oder bürokratischen Umständlichkeiten des Arbeitsamtes wohl bewußt. Nichtsdestoweniger meinen wir, etwas mehr Initiative oder Entschlossenheit wäre angebracht. Dies könnte den Rufe des Arbeitsamtes in der internationalen Arbeiterschaft nur förderlich sein.

Wie schon erwähnt, hat die faschistische Herrschaft Italiens den Antriebs zu der jetzt in Genf vor sich gehenden Beratung gegeben. Es gibt wohl keinen Menschen, der sich in dem Glauben wiegt, die faschistische Obrigkeit habe den Antrag aus Liebe zur Sache gestellt. Für sie handelt es sich hierbei um etwas anderes:

Der Faschismus hat kreischend verkündet, daß er das Volk glücklich machen werde. Er werde die Wirtschaftskrise wie die Arbeitslosigkeit und das Hungerdasein der Proletarier beseitigen. Die Krise hat indessen in Italien zwei Jahre eher eingesetzt als anderswo; seine Industrie hat keine neuen Absatzmärkte erobert, sondern weite Teile der alten verloren. Die Zahl der Arbeitslosen wird amtlich auf eine Million angegeben, man kann sie aber bei Zuzählung der nicht gebuchten Erwerbslosen auf zwei Millionen annehmen. Eine gewaltige Zahl für das verhältnismäßig kleine Land. Daß die italienischen Löhne weit unter dem europäischen Durchschnitt stehen, ist bekannt. Kurz, alle Verheißungen des Faschismus sind durch ihr strackes Gegenteil verwirklicht. Das faschistische System ist ebenso

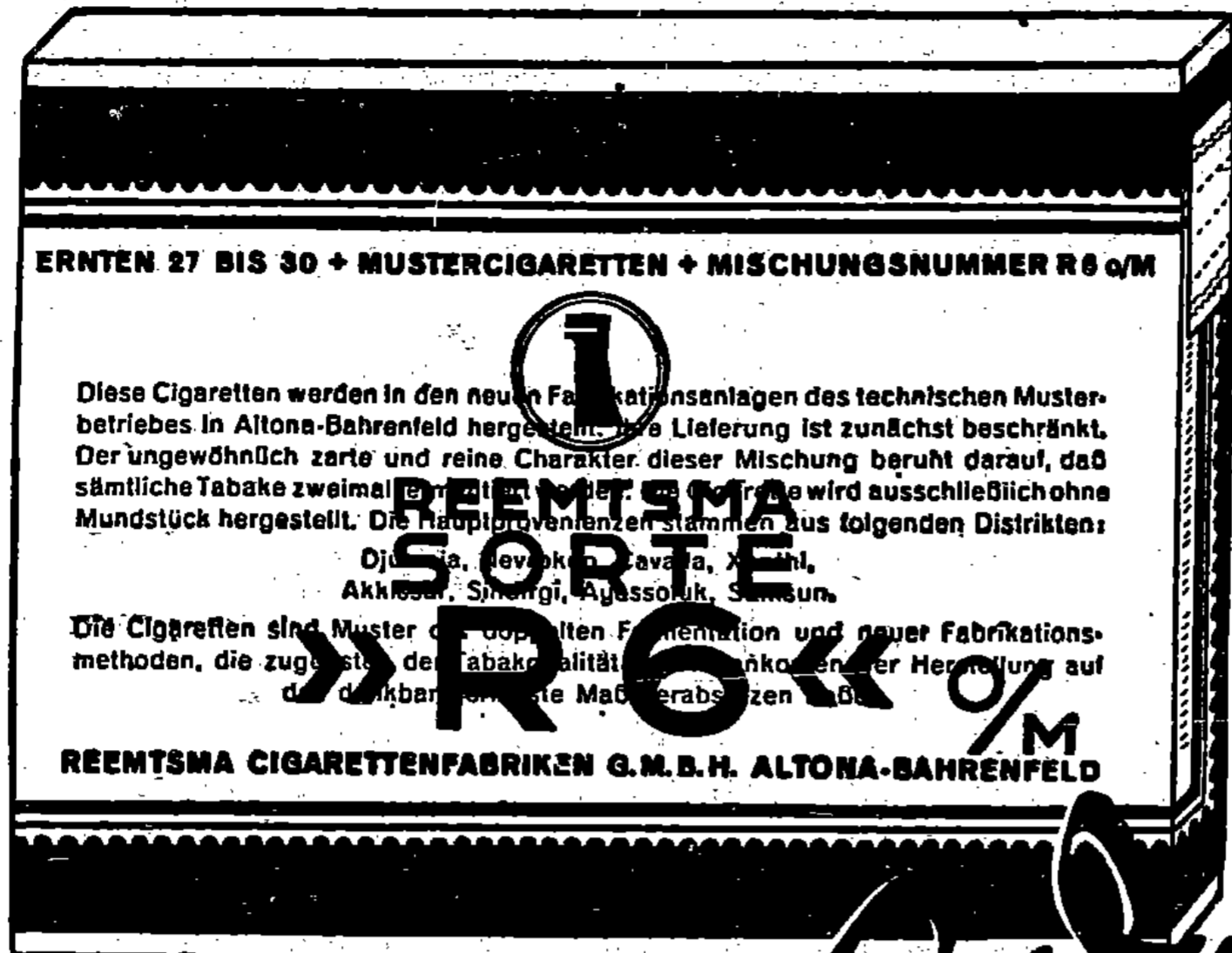
brüchig wie das System der kapitalistischen Ausbeutung, das er retten soll.

Wie unter solchen Umständen die Stimmung der Massen ist, kann man sich leicht vorstellen. Sie haben erkannt, daß die „große Fastenzeit“ für die Erlösung von der Misere durch den Faschismus ganz umsonst war und daß dieser sie nur noch in ärgere Misere gebracht hat. Der Faschismus merkt, daß gegen ihn ein schweres Gewitter heraufzieht. Er sucht es zu beschwören, indem er für seinen Mißerfolg das Ausland verantwortlich macht. Der hungernden und mißtrauisch gewordenen Masse Italiens wird seit einiger Zeit durch Presse, Schulen, Kinos, Kasernen und Kirchen eingeblutet, nicht der Faschismus sei an der scheußlichen Misere schuld, sondern auswärtige Mächte, die das faschistische Italien nicht hochkommen lassen wollen. Die Massen, die so oft betrogenen, zweifeln. So soll ihnen denn ein handgreiflicher Beweis geliefert werden, daß ihre Zweifel unberechtigt sind.

Die faschistische Regierung hat daher beim Arbeitsamt die 40stündige Arbeitswoche mit Lohnausgleich beantragt. Die faschistische Regierung, ihrem Wesen nach sozialreaktionär und arbeiterfeindlich in schärfstem Maße, meint es natürlich mit dem Antrage nicht ernst. Sie käme in schwere Verlegenheit, wenn der Antrag angenommen würde. Um dies zu verhüten, hat sie die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden mit dem Lohnausgleich verkuppelt. Hierdurch ist die Aussicht auf Annahme durch die Konferenz, in der Regierungen und Unternehmer zwei Drittel ausmachen, vermasselt. Den hungernden Massen Italiens kann daher bald, so hofft man, an einer Tatsache bewiesen werden, wie rückschrittlich die demokratischen und wie fortschrittlich der faschistische Staat ist.

Nach verschiedenen Meldungen aus Genf vom 21. September hat die Konferenz des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes nach heftigem Widerstand der Unternehmervertreter und der englischen Regierung die Entscheidung über die Ausarbeitung eines Abkommens für die 40-Stunden-Woche angenommen. Infolgedessen wird nun von der technischen Kommission des Arbeitsamtes ein Entwurf für das Abkommen ausgearbeitet werden. Die Kommission tritt im Januar 1933 zusammen. Man muß abwarten, was aus der Kommission herauskommt. Geht alles gut, kommt der Entwurf — nächsten Sommer vor die Arbeitskonferenz. Was dann mit dem Entwurf geschieht, ist noch nicht zu erraten. Vielleicht geht es mit dem Abkommen des Arbeitsamtes über die 40stündige Arbeitswoche ebenso schnell, wie mit dem für den Achtstundentag...! Inzwischen nimmt die Millionenschar weiter zu, die auf die Einreihung in die Produktion wartet. Immerhin kann man die Hoffnung aussprechen, daß die wirtschaftliche Not in Sachen der 40stündigen Arbeitswoche schneller etwas zustande bringt, als der schneckenartige Apparat des Arbeitsamtes.

Sämtliche Tabake



Doppelt fermentiert

48

BANK UND SPARKASSE MEINER ARBEITNEHMER

IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN

Zentrale S 14, Wallstraße 65
Depositenkasse Lindenstraße 3

Filialen: Bochum, Victoriastr. 41. Braunschweig, Oelschlägerstr. 29. Bremen, Nordstr. 43. Braunschweig, Hauptstr. 17. Dortmund, Münsterstraße 53. Frankfurt a. M., Bürgerstr. 17. Gießen, Hauptstraße 82. Hamburg, Bismarckstr. 69-77. Hannover, Bismarckstr. 69. Köln, Hauptstr. 70. Krefeld, Hauptstr. 230. Leipzig, Zettner Str. 23. Magdeburg, Elisenstr. 4. München, Königsplatz 103. Regensburg, Gr. Mühlstr. 2. Saarbrücken, SO 7, Postplatzstr. 40-42. Schwerin, Schloss, Hauptstr. 6. Stuttgart, Koenigsplatz 24.

Schriftenschau

Mein Vorurteil gegen diese Zeit. Kurt Rössing ist ein Künstler des Holzschnittes von großem Ausdrucksvermögen. Seine Holzschnitte sind hart und brutal, aber letzten Endes doch wahr und überzeugend. Die Gesichter des deutschen Spießers, wie sie der Künstler darstellt, sind einzigartig. Die Büchergilde Gutenberg hat 100 dieser Holzschnitte zusammengefaßt und zu einem Spiegelbild unserer Zeit gestaltet, das zum Preis von 2,70 M für die Mitglieder der Büchergilde erschienen ist.

Der Kampf um das deutsche Bausparkassenwesen. In der Nachkriegszeit sind sogenannte Bausparkassen wie Pilze aus der Erde geschossen. Die Grundlagen waren zumeist sehr dürftig, und nur durch das grenzenlose Vertrauen der Schwärmer für eine eigene, freie Scholle erhielten diese Sparkassen Zulauf. Viele zahlten und nur wenige waren auserwählt, das heißt, nur ein Bruchteil konnte für ein verbilligtes Baudarlehen ausgelost werden. Dann kam die Krise, mit ihr der Zusammenbruch aller Spekulationsprojekte. Die Bausparkassen

kamen arg ins Gedränge und die Reichsaufsicht untersagte mancher Bausparkasse den Betrieb. Im vorliegenden Buch versucht nun Johann Meß aus Heilbronn das erschütterte Vertrauen wieder für die Bausparkassen zu festigen. Dabei spielen noch Rivalitäten zwischen einigen Bausparkassen eine gewichtige Rolle. Preis 1,50 M. Verlag „Neue Polemik“, Heilbronn a. Neckar.

Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft. Geschichte und Verwirklichung einer Idee. Bearbeitet von Dr. Otto Frieder. Ein sehr wertvoller Beitrag zur Lösung der jetzt besonders im Vordergrund stehenden Zeitfragen. Der Verfasser prüft kritisch und gewissenhaft die russischen Experimente. Seine Darstellung rechnet mit den Realitäten der heutigen Wirklichkeit. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

Festigkeit und Formänderung. Von Dr.-Ing. Kurt Lachmann. Band 20 der vorzüglich geleiteten Werkstattbücher für Facharbeiter und Betriebsbeamte von Dr.-Ing. Eugen Simon, Berlin. Der vorliegende 1. Teil umfaßt die einfachen Fälle der Festigkeit. Preis 2 M. Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W 9, Linkstraße 23/24.

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50x

Mit einer kleinen Tube zu 50 g können Sie mehr als 100x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

Kauft bei den Jaserenten unseres Blattes

Werkzeuge oder Artl. Werkzeugmaschinen. Wenden Sie sich an: Hagen I. W. KÖZ.

Soeben erschienen!

Der DMV in Zahlen

Preis für Mitglieder 50 Pfg.

Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin SW 68



Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin SW 68



Gewaltige Mengen Waren werden enorm billig erworben!

Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

- 1. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -17
- 2. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -23
- 3. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -27
- 4. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -26
- 5. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -26
- 6. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -50
- 7. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -50
- 8. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -29
- 9. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -21
- 10. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -15
- 11. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -21
- 12. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -23

- 13. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -17
- 14. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -23
- 15. Weißes Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -27
- 16. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -26
- 17. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -26
- 18. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -50
- 19. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -50
- 20. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -29
- 21. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -21
- 22. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -15
- 23. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -21
- 24. Sementzement, 100 kg, 100 Stk. -23

Schriftenschau

Das Motorrad. Gründlich kennen lernen — richtig behandeln — gut fahren. Praktisches Motorrad-Lehrbuch. Von Werner Gräßl. Mit 40 Bildern auf Kunstdrucktafel. Preis 1,10 M. Verlagshaus GmbH, Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Die Bodega. Der Spanier Ibanez, der glänzende Schilder der Arbeiterelends und der Kahales, der kirchlichen und weltlichen Herrscher der Pyrenäenhalbinsel, führt uns in diesem wunderbaren Roman in die weitzugenden Gegenden, besonders in die Zentrale des spanischen Südwineports mit ihren amara, unwissenden und gequälten Proletariern. Es sind nicht alltägliche Menschenschicksale, die auf dieser Erde gedeihen und die so aufreizend und lebenswahr von diesem Meister der Sprache dargestellt werden. Die Büchergilde Gutenberg hat diesen Roman für ihre Mitglieder zum Preise von 2,70 M herangebracht. Gerade jetzt, wo in Spanien die große gesellschaftliche Umwälzung vor sich geht, verdient der Roman große Beachtung.

Christentum und Klassenkampf? Der Verfasser Felix Holtzmann, Essen, will in dieser Schrift den Nachweis erbringen, daß die Zentrumspartei den rechten Flügel — des Marxismus bilde. Dem Menne werden noch besondere Kenntnisse der katholischen Bewegung nachgerühmt, und sein ganzes Beweismaterial besteht in der Tatsache, daß die Zentrumsbewegung und die christlichen Gewerkschaften mit Rücksicht auf ihren Arbeitzenhang in sozialpolitischen Fragen mit der Sozialdemokratie praktische Politik getrieben hat. Die Schrift stellt eine Unterstützung des Papsttum dar. Preis 1,20 M. AGV-Verlag Dr. Rich. Pape, Berlin W 9, Schillingstr. 9.